



Mitteilungen der Elternkammer Hamburg über die Arbeit im Plenum, in den Ausschüssen und im Vorstand
Für alle Eltern, Elternvertreter/innen und Elternräte der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hamburg

Liebe Leserinnen und Leser,

kurz vor den Sommerferien bieten wir Ihnen einen Bericht vom 1. Medienkompetenztag, der am 08.04.2010 von der Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein (**MA-HSH**) veranstaltet wurde. Außerdem erinnern wir an einen Beschluss der EKH zu den „Gastschülern“ vom März 2010, berichten zu den Planungen für die Regionalen Bildungskonferenzen und geben Ihnen einen Hinweis für Beratung im Falle von Zeugnissorgen.

Die Elternkammer wünscht Ihnen eine erholsame Ferienzeit und einen guten Start in das neue Schuljahr!

Ihre Elternkammer

Schule – ein Lernort für Medienkompetenzbildung?

Auf der Medienkompetenztagung in Hamburg informierten und diskutierten Experten verschiedenster Fachrichtungen das Thema mit den teilnehmenden Gästen. Vorträge beleuchteten die Medienbildung aus den unterschiedlichsten Perspektiven, wodurch Hinweise auf weitere Aspekte und Probleme möglich wurden. In sich anschließenden Diskussionsrunden erfolgte eine Einbeziehung des Plenums, so dass oft interessante und praxisbezogene Hinweise konkret ausgetauscht werden konnten. Im ersten Teil der Veranstaltung stand sowohl die **Medienbildung in Schulen**, als auch das **Medienkonsumverhalten** von Kindern und Jugendlichen im Vordergrund.

Einleitend wurden Ergebnisse der **Studie: Medienbildung – (k)ein Unterrichtsfach** ausführlich vorgestellt. Offensichtlich findet immer noch nicht an allen Schulen eine ausreichende Umsetzung der Medienbildung statt, obwohl die Ausstattung mit technischen Geräten, wie u. a. Computern, in den letzten Jahren deutlich verbessert worden ist. Aus dieser Erkenntnis müssen umgehend Konsequenzen für eine diesbezügliche Schul-, Unterrichts-, und Konzeptentwicklung gezogen werden, da **Medienkenntnisse** als eine der Schlüsselkompetenzen für die heutige Berufswelt gelten. Zukünftig sollten alle Schülerinnen und Schüler nicht nur über **Grundkenntnisse und -fertigkeiten** verfügen können, sondern gleichzeitig zu einem **verantwortungsvollen Medienkonsumverhalten** in der Lage sein. Um diesem Anspruch besser gerecht werden zu können, bildet eine medienpädagogische Aus-/Fortbildung von Lehrkräften eine der wesentlichen Voraussetzungen.

Unter folgendem Link lässt sich die Studie von Prof. Kammerl herunterladen: <http://www.ma-hsh.de/aktuelles-publikationen/publikationen/studie-medienbildung/>

Welche weit reichenden Folgen ein unsachgemäßer Medienkonsum, insbesondere Umgang mit Computerspielen, auf die **Entwicklung von Kindern und Jugendlichen** haben kann war ein weiteres Schwerpunktthema. Ein derartiges Fehlverhalten beinhaltet langfristig häufig eine der wesentlichen **Ursachen für ein Schulversagen**. Inzwischen wird der übermäßige Computerkonsum, bis hin zum Suchtverhalten, in Verbindung mit der kontinuierlich zunehmenden **Leistungskrise von Jungen** gesehen. Für die Entwicklung einer **Medienabhängigkeit**, durch einen für manche Schülerinnen und Schüler unkontrollierbaren und somit belastenden Computerkonsum, spielen unterschiedliche **Gefährdungspotentiale**, wie u.a. familiäre Rahmenbedingungen, persönliche Voraussetzungen wie schulische/soziale Situation, eine wichtige Rolle.

Im zweiten Teil der Tagung **Medienkompetenz praktisch** folgten umfangreiche Informationen über Angebote für Eltern, Schülerinnen und Schüler und Pädagogen. Konkrete Tipps, Ansprechpartner, Projekte, Initiativen und Kooperationspartner wurden vorgestellt – das Repertoire reicht von Elternfortbildungen bis hin zu Jugendschutzmaßnahmen.

Ein ausführlicher **Bericht zur Medienkompetenztagung** mit **Auflistung von Links** und Ansprechpartnern für Eltern und Schule findet sich auf der **Homepage der Elternkammer**.

„Gastschüler“ aus Schleswig-Holstein sollen Hamburger Schulen verlassen

Laut Medienberichten sollen ca. 40 Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen mit Wohnsitz im Hamburger Umland nach Beendigung dieses Schuljahres ihre Schule verlassen. Die Elternkammer erinnert daher an ihren Beschluss vom 03.04.2010:

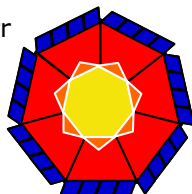
Die Elternkammer Hamburg hat Verständnis dafür, dass der Senat einen vollen Finanzausgleich für Gastschüler aus dem Umland von den Nachbarländern fordert. [...]

Die Behörde für Schule und Berufsbildung wird aufgefordert, in den Fällen, in denen Schülerinnen und Schüler aus dem Umland derzeit die Klasse 10 eines Gymnasiums in Hamburg besuchen [...], unter Würdigung jedes Einzelfalls und unter Beachtung der mit einem Schulwechsel verbundenen Belastungen und Nachteilen eingehend zu prüfen, ob ein Härtefall vorliegt.

*Diese Forderung gilt in besonderer Weise, weil die Schülerinnen und Schüler des jetzigen Jahrgangs 10 an Hamburger Gymnasien im Regelfall **im Vertrauen auf eine Beendigung ihrer schulischen Laufbahn im Hamburger Schulsystem vier Jahre lang die hohen Lasten des achtjährigen Gymnasiums mit seinen 34 Wochenstunden auf sich genommen haben.***

Regionale Bildungskonferenzen (RBK)

Herr Hans-Werner Schäfer und Herr Bernd Heckmann von der Projektgruppe Schulreform der BSB haben in der Sitzung der Elternkammer am 01.06.2010 den „Fahrplan“ für die RBK vorgestellt:



Basis der RBK sind der Koalitionsvertrag, das Schulgesetz und das „Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung“ (**RISE**). Außerdem wird das Bundesprojekt „Lernen vor Ort“ (**Lvo**) mit einbezogen.

Die RBK haben die Aufgabe, ein nachfrageorientiertes und abgestimmtes Bildungsangebot für eine Region in Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen, Bezirksämtern und Fachbehörden zu gestalten und mit Leben zu füllen. Ziel ist ein integriertes und zwischen den Anbietern (schulisch und außerschulisch) vernetztes Bildungskonzept.

Die optimale Größe der Regionen befindet sich im Spannungsfeld von direkter Beteiligung in kleinen Regionen gegenüber dem in größeren Regionen notwendigen Delegationsprinzip. Die RBK sollen auf lokale Bildungskonferenzen heruntergebrochen werden.

Bis Mai 2010 fanden Abstimmungsgespräche der Schulsenatorin mit den Bezirksamtsleitungen statt. In Workshops der beteiligten Behörden wurde das vorgestellte Konzept entwickelt.

Die Schulaufsicht soll die Teilnehmer der RBK kurzfristig festlegen bzw. die Gremien (z.B. KER) um Benennung ersuchen. Die RBK werden mit einer Geschäftsstelle ausgestattet (ab September) und sollen wiederum durch externe Moderatoren begleitet werden. Die Haushaltsmittel sind bereits von der Bürgerschaft verabschiedet.

Die zunächst für Mitte Juni geplante Auftaktveranstaltung für die RBK wird auf September verschoben, da es noch weiteren Abstimmungsbedarf zum Konzept gibt. Im Oktober/November sollen die RBK starten.

Aktueller Stand: Nach Erstellung dieses Berichts hat die Elternkammer erfahren, dass die Senatorin – offenbar nach Kenntnisnahme u.a. der EKH-Stellungnahme – entschieden hat, das Konzept für die RBK zugunsten weiterer Beratungszeit erst nach den Sommerferien zu beschließen, um so den vielfältigen Rückmeldungen Gehör zu verschaffen. Es bestehe kein zeitlicher Druck für Festlegungen noch vor der Sommerpause, da sich der RBK ohnehin erst nach der Wahl der KER und KSR im Herbst konstituieren können.

Die Elternkammer hat auf ihrer Sitzung am 01.06.2010 eine kritische Stellungnahme zum Konzept für die RBK beschlossen. Hier die Kernaussagen:

- Die Elternkammer bemängelt, dass das Konzept ohne ihre Beteiligung erarbeitet wurde.
- Eltern sind in den RBK kaum repräsentiert: Die Kreiselternräte sollen nur einzelne Vertreter delegieren, die Elternkammer ist – anders als die Fachbehörde BSB, die die RBK leiten soll – gar nicht vertreten.
- Die Kita-Eltern (Bezirkselfternausschüsse **BEA** und Landeselfternausschuss **LEA**) fehlen ganz.
- Auch die schülerInnenkammer ist nicht berücksichtigt.
- Insgesamt besteht bei der Besetzung der RBK ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen Bildungsanbietern und „Kunden“ (Kindern und Eltern).
- Zwischen Bezirken (RBK) und dem Zuschnitt der Schulkreise (KER) besteht eine Diskrepanz. Auch daher ist eine Vernetzung der RBK erforderlich.
- Die Elternkammer fordert, dass Eltern aller Schulformen und Schulstufen sowie auch der Kitas vertreten sind.
- Die RBK sind inhaltlich weitgehend unbestimmt. Die Elternkammer fordert eine präzisere Festlegung der Aufgaben.
- Es fehlt eine Verbindlichkeit der Erörterungen der RBK und deren Verankerung in Gesetzen und Verordnungen.
- Es muss überlegt werden, welche Gremien durch die RBK entlastet werden, andernfalls wird lediglich die Verwaltung aufgebläht und es gehen Ressourcen für direkte Bildungsaufgaben verloren.

Die Elternkammer fordert daher eine grundlegende Überarbeitung des Konzeptes unter Beteiligung von Eltern sowie Schülerinnen und Schülern.

Zeugnissorgen? REBUS anrufen!

Zweimal im Jahr werden in den Hamburger Schulen die Zeugnisse verteilt. Für alle Eltern sowie Schülerinnen und Schüler, denen das Zeugnis Probleme und Sorgen bereitet, richten die Regionalen Beratungs- und Unterstützungsstellen (**REBUS**) des Amtes für Bildung wieder einen telefonischen Zeugnisdienst ein.

Erfahrene Schulpsychologen, Sozialpädagogen und Lehrer stehen mit fachkundigem Rat bereit und können helfen, Ursachen für die schulischen Schwierigkeiten zu finden und Wege aus einer Krisensituation aufzeigen. Die Beratung ist vertraulich und auf Wunsch auch anonym. Kontakt zu den regionalen Standorten von REBUS finden Sie unter www.hamburg.de/rebus/.

Darüber hinaus bietet REBUS einen Beratungs-Service nur für Schülerinnen und Schüler unter der E-Mail-Adresse schueler-zeugnisdienst@bsb.hamburg.de an.

Stellungnahmen und Beschlüsse der EKH finden Sie im Internet unter www.elternkammer-hamburg.de.

Impressum

Herausgeber: Elternkammer Hamburg
Geschäftsstelle p. A. BSB, Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg
Tel.: 040/428 63-35 27 Fax: 040/428 63-47 06
E-Mail: info@elternkammer-hamburg.de
<http://www.elternkammer-hamburg.de>
Druck: Behördendruckerei der BSG
Verantwortlich i. S. d. P.:
Helge Oldach, Redaktionsbeauftragter der Elternkammer
Geschäftsstelle p. A. BSB, Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg

Die EKH-Kurzinformation wird von der Poststelle der BSB an alle Hamburger Schulen verteilt und ist wie folgt bestimmt:
Alle Eltern, Elternvertreter/innen, Elternräte, Schulleitung und Lehrerkollegium

Die EKH-Kurzinformation finden Sie auch auf unserer Homepage.

Sprechzeiten der EKH:

Die Geschäftsstelle ist nicht zu festen Zeiten besetzt. Hinterlassen Sie im Bedarfsfall eine Nachricht; Sie werden so bald wie möglich zurück gerufen.